

Hans Joachim Reck, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU)

Rede auf der Fachkonferenz der Bundes-SGK „Kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik“ am 13. März 2009 in Mainz

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Damen und Herren Abgeordnete, ich freue mich, dass ich wieder einmal bei der SGK sein kann. Ich darf Ihnen ganz herzliche Grüße meines Präsidenten, Herrn OB Stefan Weil, übermitteln, mit dem ich zusammen die Ehre habe – und ich hoffe, sie merken das auch vor Ort – den VKU neu auszurichten und strategisch neu zu positionieren im Interesse der kommunalen Wirtschaft und so den Verbändewettbewerb, in dem wir stehen, gut und erfolgreich zu bestehen.

Ich möchte versuchen, in groben Pinselstrichen, komplementär zu dem sachverhaltlich sehr stark Angereicherten, was gesagt wurde, noch einiges hinzuzufügen, um Ihnen nachher in den Foren Stoff für die Diskussion zu geben. Aber lassen Sie mich – ich bin ja nicht ganz politikfern – eine Bemerkung aufgreifen, die Herr Gabriel zu Beginn gemacht hat. Ich meine das dadurch ernst, nämlich auch als ein Stück Lob Ihrer Arbeit.

Die SGK und die Sozialdemokraten haben ein Prä, das man, wenn man es professionell betrachtet, in Berlin merken kann. Ich habe das persönlich gemerkt bei der Umsetzung des IKEP. Wir haben viel von Streit gehört und es ist ja auch der Wahlkampf ausgebrochen. Aber ich persönlich sage immer – und es begann ja mit den beiden roten Jacken von Sigmar Gabriel und Merkel in Grönland oder Istanbul, oder wo auch immer sie waren – das war der Startschuss zu den Meseberger Beschlüssen. Das hat diese große Koalition durch getragen. Da gab es eine Vielzahl von Detailregelungen, die uns als Kommunalwirtschaft unmittelbar berührte. Da war Gabriel ein wirklich treuer Sachwalter unserer Interessen. Man muss sagen, in der Bundesregierung manchmal der Einzige. Was Sie ausgezeichnet hat als SGK: Wenn die Kommunalpolitiker der SPD rufen, hören die Wirtschaftspolitiker und die

Energiepolitiker hin. Sie sind miteinander verzahnt. Es gibt da Streit in der Sache und dann gibt es aber auch gemeinsame Lösungen. Und dieses Zusammenwirken der Politikfelder ist in Berlin nicht selbstverständlich.

Ich kann Sie nur ermutigen, diesen Weg weiter zu gehen, weil der letzten Endes zum Erfolg führt – zum Erfolg in der Sache. Wenn kommunale Strukturen in Parteien stark sind, werden sie bei den Wahlen Erfolg haben. Ich sage den Leuten in Berlin immer, der Unterschied zwischen 25 und 35 % bei angeblichen Umfragen ist nicht zehn, sondern fünf. Insofern will ich Sie durchaus unter diesem Gesichtspunkt ermutigen.

Die Kommunalwirtschaft in Deutschland hat natürlich Kennziffern und ich will Ihnen einige nennen. Bei uns im Verband mit ungefähr 1.400 Mitgliedern wurden Kennziffern in dieser Größenordnung erreicht. Um es auf den Punkt zu bringen: Damit haben wir Umsatzzahlen in den kommunalen Strukturen aus der Energiewirtschaft, aus der Wasserwirtschaft und der Abfallwirtschaft abgebildet. Wir sind genauso groß wie E.ON, aber wir werden teilweise nicht so behandelt.

Jetzt geht es darum, diesen Stellenwert vor dem Hintergrund der programmatischen Beschlüsse und der gesetzlichen Beschlüsse, die gefasst sind, auch entsprechend umzusetzen. Wir sind auch eine Jobmaschine mit über 220.000 Beschäftigten. Wenn Sie die Verkehrswirtschaft und die Krankenhäuser noch hinzuzählen, können Sie diese Zahlen leicht verdoppeln. Da sind wir genau beim Punkt, dem Stellenwert, nämlich dass kommunale Wirtschaft in Gesamtdeutschland 4 % des Bruttoinlandproduktes wertschöpft. In Ostdeutschland sind es 6 %.

Aber wenn man über kommunale Wirtschaft spricht – und das war wie ein roter Faden in den Gedanken meiner Vorgänger auch der Fall –, muss man noch mal ganz kurz über die verfassungspolitische und -rechtliche und auch wertmäßige Verortung von Kommunalwirtschaft sprechen. Das ist besonders wichtig in der heutigen Zeit der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise, die unser Land wahrscheinlich durchleben muss. Ich persönlich halte den Angriff gegen die

Kommunalwirtschaft, wie er gerade beschrieben ist, mit dem Tenor privat vor Staat, für absoluten Schwachsinn.

Eine solidarische Gesellschaft in einer sozialen ökologischen Marktwirtschaft allerdings muss dafür Sorge tragen, dass in einer offenen Gesellschaft der Einzelne in der Lage ist, für sich und andere zu sorgen. Das ist aber etwas ganz anderes. Die Verwischung dieser Ordnungsprinzipien sind elementare Verstöße – und das ist genau das, was ich an der Landesregierung Nordrhein-Westfalen kritisiere – gegen den Artikel 28. Dabei muss die kommunale Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip und als Demokratieprinzip gestärkt werden. Es ist noch einiges zu stärken: Der Artikel 28 ist im Lichte des Europarechtes nicht europafest. Wir haben immer noch nicht den Lissabonner Vertrag. Das schafft Riesenprobleme im Bereich des Vergaberechts und des Wasserrechts. Da müssen wir dran arbeiten. Das ist eine der großen Baustellen.

Und wir haben nach wie vor, auch noch aus Teilen der Wirtschaft, Gegenwind. Ich bin immer überrascht über einige Beschlüsse aus Kammervollversammlungen, wo Stadtwerke Zwangsglieder sind, die sich massiv gegen unsere Arbeit wetterten. Da kamen noch vor einem Jahr Polemiken wie Nagelstudios im Zusammenhang mit Kommunalwirtschaft – auf einem solchen Niveau wurde die Diskussion geführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht akzeptabel. Kommunalwirtschaft in Deutschland ist historisch gewachsen, sogar in vordemokratischen Zeiten. Dieses Plädoyer für die kleine Einheit hat einen Riesenordnungssinn, im Sinne von „Checks und Balances“. Demokratie ist vor Ort verankert; Mitgestaltung ist vor Ort verankert; Daseinsvorsorge in seiner Ausprägung ist vor Ort gestaltet. Deshalb ist kommunale Daseinsvorsorge wesentlicher Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Es hat Verfassungsrang. Und ich setze noch einen hinzu, was in der ganzen ordnungspolitischen Debatte verloren gegangen ist: Kommunalwirtschaft ist integraler Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Wenn Sie von diesem Ansatz her kommen, dann machen Sie in der ordnungspolitischen

Weiterentwicklung keinen Fehler. Ich kann der SGK nur sagen – bei allem, was ich gehört habe: Ihr Werteansatz, vor allem in der heutigen Zeit, auch die Rückbesinnung auf diese Ordnungsstrukturen, ist nach meiner Auffassung, vollkommen richtig. Sie sind auch völlig deckungsgleich mit dem, was wir in der kommunalen Familie im Rahmen der kommunalen Spitzenverbände, aber auch mit meinem Verband, miteinander diskutieren. Das sollte auch unsere Leitschnur sein.

Energiepolitik – kommunale Energiepolitik zumal – ist eingebettet in unsere nationale Energiepolitik und natürlich auch in die europäische Politik. Kommunalwirtschaft steht da, wo die Märkte liberalisiert sind, zum Wettbewerb. Ich werde allerdings nachher noch einige kritische Ausführungen zur Regulierungssituation machen. Ich unterstreiche ausdrücklich das, was Minister Gabriel gesagt hat: Wir stehen, Krise hin oder her, vor einem herausfordernden Umbau unserer Industriegesellschaft und wir müssen das stemmen. Wenn wir das umsetzen – energiepolitisch, industriepolitisch, versorgungspolitisch –, was wir uns vorgenommen haben aus Gründen des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit sowie der Preiswürdigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, wird unser Land in zwanzig Jahren umgebaut sein. Man muss es so sagen: Wir bauen das Herz-Kreislauf-System unserer Volkswirtschaft um. Ich sehe allerdings keinen Ausweg daraus, den Rückwärtsgang einzuschalten. Der französische Weg, zu 80 % auf Kernenergie zu setzen, ist ein falscher Weg – ist ein Irrweg. Er ist nur vordergründig richtig.

Ich setze noch eins hinzu: Kernenergiedebatte hin oder her – das sollten wir vor Ort auch vertreten: In ganz wesentlichen nationalen Fragen brauchen Sie in diesem Land einen nationalen Konsens. In der Kernenergiefrage können die Leute sagen, was sie wollen. Die Befürworter werden in dieser Frage keinen nationalen Konsens erzeugen. Also soll man die Hände davon lassen! Es bringt nichts in der Debatte!

Ich komme von einer sehr erfolgreichen Konferenz, die wir gestern mit dem Städtetag in Karlsruhe gemacht haben, mit Ihrem Freund Ivo Gönner. Ich sage

ganz klar, auch ganz bewusst vor dem Hintergrund der Mainzer Debatten: Wir müssen zur Kohle stehen, und zwar in der Transformation zur Erneuerung der Energiewirtschaft, weil wir diese im Grundlastbereich bei all den technischen Problemen, die wir auszusteuern haben, einfach brauchen. Wir brauchen ihn übrigens auch aus ökonomischen Gründen. Die Komplexität, über die wir nachher in den Arbeitsgruppen im Detail diskutieren, ist auch dadurch begründet, dass wir Wälzungsmechanismen als Anreizsysteme zur Förderung erneuerbaren Energien implementiert haben und natürlich entsprechende Transferzahlungen daraus auch resultieren. Aber das Geld muss irgendwo herkommen.

Also muss es da zur Markteinführung – jenseits vom Steuertransfer – Mechanismen im System geben, um diesen Transferprozess zu finanzieren. Diejenigen, die sagen, man kann auf Kohle momentan gänzlich verzichten, spielen mit der Zukunftsfähigkeit unseres Industrielandes. Deshalb muss man sich politisch dagegen stellen und ich bin dankbar, dass Sie das auch so deutlich tun, weil wir diese Diskussion auch im kommunalen Bereich durchstehen müssen – auch gegen populistische Strömungen, die teilweise in die Bürgerschaft hineingetragen werden. Aber – und das ist das, was uns stark macht, im Sinne von Versorgungssicherheit – Sie glauben gar nicht, was aufgrund der aktuellen Diskussion, aber auch aufgrund dessen, was technologisch möglich ist, bei uns im kommunalen Bereich an Entwicklungen angestoßen wird. .

Es ist eine Freude zu sehen, welche technologischen Innovationen z. B. im Bereich der erneuerbaren Energien implementiert werden, sei es in der Biogasherstellung, sei es auf Basis von Holzhackschnitzeln, sei es in der Verknüpfung der Technologien, sei es in der Aufbereitung verschiedenster Gasformen. Ich selbst kann als Jurist immer nur sagen – das ist genau das, was Sigmar Gabriel eingefordert hat –, nämlich, mit Ingenieurgeist und Innovationskraft das Land zu erneuern und so auch die Jobmaschine und die Exportmaschine in Gang zu setzen und in Gang zu halten.

Das können Sie allerdings nur durch dezentrale Strukturen und durch die Stadtwerke – das ist genau unser wesentlicher Beitrag. Aber für diesen Beitrag brauchen wir entsprechende adäquate Rahmenbedingungen.

Da sind wir beim Punkt: Kraft-Wärme-Kopplung ist bsw. ganz entscheidend, um die Energieeffizienz in der Erzeugung nach oben zu fahren durch optimale Nutzung von Wärme und Energie. Das setzt verdichtete Strukturen voraus. Es setzt aber auch voraus, dass wir die Innovationsprobleme, die wir im Bereich der Speicherung von Kohlendioxid haben, lösen. Das ist ein hochkomplexes Thema für Fachleute. Ich wollte es Ihnen nur mal sagen. Hier müssen Sie als Kommunale darauf achten, dass mit dem nationalen CCS-Gesetz nicht lokale Investitionen im KWK behindert werden. Ich möchte, dass Sie es nur mal gehört haben. Für die Experten von Ihnen haben wir unter Federführung unserer energiewirtschaftlichen Abteilung sehr hinreichende Handreichungen entwickelt, die Ihnen natürlich immer zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Thema, das uns vor Ort momentan aktuell berührt, ist die Regulierung. Wir stehen als kommunale Unternehmen in den liberalisierten Märkten zum Wettbewerb. Aber das setzt genau das voraus, was Frau Conrad und Herr Gabriel gesagt haben, nämlich dass das, was an Potenzial für dezentrale Einheiten, auch an Begünstigungen möglich ist, auch ermöglicht wird und dass die Schraube staatlicher Eingriffe nicht zu eng gedreht wird. Bei der Regulierung geht es darum, ein Marktsystem einzuführen. Es geht nicht darum, Strukturpolitik zu betreiben. So manche Äußerung aus der Regulierungsbehörde läuft darauf hinaus, dass hier gewissermaßen über die Regulierung Regionalstrukturen künstlich implementiert werden sollen. Das geht zu weit. Hier geht es um ein „Survival of the fittest“ und nicht „of the biggest“. Und deshalb brauchen wir eine Regulierung, die umfassend gemonitored wird.

Ich danke der Wirtschaftsministerkonferenz, dass wir das auch gemeinsam tun. Das Jahr der Anreizregulierung beginnt und wir werden ganz genau darauf schauen. Wir haben aktuell eine Menge Probleme mit der Bundesnetzagentur,

die wir über den Regulierungsbeirat hinein geben in die Behörde - bei dem Thema Mehrerlösabschöpfung, aber auch bei der Anreizregulierung, die unsere dezentralen, auch im ländlichen Raum begründeten Strukturen aus unserer Sicht behindern. Das ist ein Thema, welches ich Sie bitten möchte, fortwährend politisch zu begleiten.

Ganz aktuell relevant für die Vertriebe in den Stadtwerken sind bsw. die Details des neuen EEG-Wälzungsmechanismus. Das will ich einfach mal exemplarisch nennen, um die Komplexität des Wirtschaftens im Rahmen der Gesetze aufzuzeigen, noch mal erwähnt zu haben. Und last, not least, das große Thema für uns alle, ist das Thema Energieeffizienz. Stadtwerke und Gemeindegewirtschaft sind dabei, neue Wertschöpfungsketten zu entwickeln. EDL, also Energiedienstleistung, ist das zentrale Stichwort. Wir müssen die ökonomische Herausforderung bestehen, den Umsatz zu senken, um die Klimaschutzziele zu erreichen, die Effizienz zu steigern und gleichzeitig unseren Ertrag zu halten beziehungsweise sogar auszubauen. Das kriegen wir nur mit intelligenten Weiterentwicklungen von Wertschöpfung und Wertschöpfungsstrategien hin.

Ich möchte noch den Wasserbereich als scheinbar komplementäres Thema erwähnen. Ich wollte nur politisch hier mal sagen: Das Scheitern des Umweltgesetzbuches nach über einem Jahrzehnt Diskussion – aufgrund des Einspruchs von Bayern – ist auch unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten absoluter Unsinn. Es ist ein Desaster, insbesondere auch deswegen, weil nämlich das integrierte Planverfahren bei Wasserentnahmen zugunsten von Energiewirtschaft auch damit zerschlagen wurde. Das ist Populismus, der hier gemacht wurde und keine sachgerechte Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe von Innovationen gesprochen. Wir sind neben der intelligenten Aussteuerung dezentraler, nachhaltiger, innovativer Produktionen auch dabei, Programme aufzulegen, um unsere Verteilnetzinfrastrukturen im Sinne von intelligenten Netzen neu zu verknüpfen, auch die Verteilnetzebene – sie macht in Deutschland insgesamt

eine Kilometerzahl von 260.000 aus, steht nicht zur Disposition und bleibt im kommunalen Eigentum, so zu steuern und zu nutzen, dass das, was an erneuerbaren Energien eingespeist wird, aber was auch in Durchleitungssystemen benutzt wird, auch aufgenommen werden kann und so komplementär zu den Übertragungssystemen steht.

Das letzte Thema ist also für uns auch noch ein ganz entscheidendes Innovationsthema. Die strategischen Zukunftsoption für Stadtwerke sind Kooperationen. Das können Sie nicht verordnen. Das muss diskutiert werden, aber ich rate jedem, der an Kooperationen geht, zwei oder drei Punkte.

Das eine ist: Jedes Unternehmen, jede Gebietskörperschaft braucht im Sinne der Entwicklung von Gemeindegewirtschaft professionell erarbeitete Strategien und ein strategisches Controlling. Kooperationen sind manchmal schwierig zu begründen, das wissen Sie, jenseits der Gemeindegewirtschaft, auch selbst in zusammenhängenden städtischen Strukturen. Ich denke da an meine Heimat, das bergische Land, wo die Errichtung einer gemeinsamen Feuerwehrzentrale schon mehrfach gescheitert ist. Wie will man erst ein gemeinsames Stadtwerk auf die Beine stellen? Aber ich kann nur an uns appellieren, da ein Stück Sensibilität und Selbstdisziplin zu entwickeln. Ich meine schon, dass wir hier in ganz vielen Feldern – Stichwort IT, Stichwort Vertrieb, Stichwort Einkauf – Kooperationen brauchen. Wir haben auch vorbildliche Lösungen. Ich habe den jüngst gekürten „Energiemanager des Jahres“ hier im Raum gesehen, Herrn Sven Becker, von der Trianel. Dieses Unternehmen ist ein Paradebeispiel für Kooperationsformen, die auch und gerade im Bereich der Kraftwerkstechnologien vorangehen. Ich meine, Nachdenken über Kooperationen hat einen Sinn, faktisch aber auch gesellschaftsrechtlich. Da gibt es jede nur denkbare Form, die der VKU gerne begleitet.

Stichwort Kooperation: Politisch ein ganz spannendes Thema, das Sie auch unbedingt begleiten sollten, ist das Thema Veräußerung der Thüga – ja oder nein? Ich sage Ihnen ganz offen, die 120 Stadtwerke Thüga-Beteiligungen, die, aus welchen Gründen auch immer, E.ON jetzt nicht mehr haben möchte,

gehören nicht in die Hände von australischen Pensionsfonds oder Hedge-Fonds. Ich glaube, das ist in Deutschland jetzt klar. Ich werbe eindeutig dafür, auch aus kartellrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Gründen, dass wir eine kommunale Lösung finden. Das macht Sinn. Aber das setzt voraus, dass wir ein entsprechend harmonisiertes Gemeindegewirtschaftsrecht haben. Mittlerweile ist der politische Druck so groß, dass ich glaube, trotz der Regelungen werden wir Genehmigungen bekommen, dort wo wir sie für so ein Konstrukt brauchen. Ich bin aber ganz zuversichtlich, dass wir, und da bitte ich Sie auch um Ihre Unterstützung, á la longue das ganze Thema der Harmonisierung des Gemeindegewirtschaftsrechtes noch mal auf die politische Tagesordnung kriegen.

Wir müssen da einen nationalen Konsens erzeugen. Denn es geht nicht an, dass die Stadtwerke Dortmund diskriminiert werden im Verhältnis zu Stadtwerken in Rheinland-Pfalz oder in Sachsen-Anhalt. Wir müssen den kommunalen Schulterschluss haben. Und ich muss Ihnen sagen, was ich da bisher von der Innenministerkonferenz erlebt habe, grenzt zum Teil an Ignoranz. Das können wir so als Kommunen nicht akzeptieren. Wir brauchen in dieser Frage eine Generaldebatte.

Wir brauchen sie deshalb auch, und damit will ich auch schließen, weil die Bürger schon klar abgestimmt haben. Stadtwerke haben den geringsten Wechsel von Kunden. Wir haben ein Mords-Vertrauen. Jeder, der Marketing betreibt, weiß, dass die emotionale Bindung schon 50 % des Geschäftes ist. Sie dürfen nicht übertreiben mit den Preisen, aber Sie brauchen nicht der billige Jakob zu sein. Sie müssen innovativ sein, Sie müssen ins Wertesystem passen. Hier sehen Sie die Akzeptanz bei den Befragungen, die wir mit dimap – gemacht haben. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern.

Und wir wuchern jetzt auch auf Bundesebene auf andere Weise und versuchen nachzuholen, was die Sparkassen, als Erfolgsstory uns längst vorgemacht haben.

Wir versuchen jetzt über eine Wortmarke, das, was uns stark macht, auch marketingmäßig rauszubringen. Wir haben im letzten Jahr mit ganz wenig Aufwand, mit 2 Millionen Euro, begonnen und haben eine Riesenresonanz erzeugt - einmal nach innen, das ist wichtig. Kommunale Wirtschaft muss sich in ihrer Identität, und auch in ihrer Wertbestimmung, formieren, selbstbewusster werden, nach außen gehen. Aber wir haben auch nach außen Strahl-Wirkung erzielt, vor allen Dingen, und das ist etwas, was ich genauso vorausgehen habe, wenn man sich ein bisschen mit Massenkommunikation beschäftigt, über den Hörfunk. Wir werden in diesem Jahr unsere Kampagnen fortsetzen und werden dieses Roll-Out weiter betreiben, nämlich im Sinne der Bildung einer gemeinsamen Wortmarke eine neue Identität, eine neue Stärkung von Kommunalwirtschaft auch durch unsere Werbung nach außen fortzusetzen.

Danke für Ihr Zuhören, Danke für Ihre Solidarität. Solidarität macht stark. Reden Sie vom VKU und, wenn Sie feststellen, dass Ihre Mitunternehmen noch nicht im Verband sind, ich habe die Aufnahmeanträge dabei. Vielen Dank.